



Magistrat soll Erstattung prüfen

Kita-Streik: Mehrheit für rot-grünen Antrag – finanzieller Ausgleich

Die Stadt soll nicht am Kita-Streik verdienen. Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung ist für die Erstattung von Betreuungs- und Verpflegungsentgelten während der Zeit des Ausstands städtischer Erzieher*innen. Der Magistrat soll prüfen, ob und inwieweit eine angemessene Rückzahlung an die von streikbedingten Schließungen betroffenen Eltern möglich ist. Eine große Mehrheit stimmte dem von Rot-Grün vorgestellten Änderungsantrag zu. CDU, FDP und Linke hatten zuvor selbst nicht mehrheitsfähige Anträge vorgelegt. Als einzige Fraktion stimmte Demokratie erneuern/Freie Wähler gegen den Antrag.

Im Sinne der Eltern

„Die Auswirkungen des Streiks treffen in erster Linie nicht die Bestreikten, also die kommunalen Arbeitgeber, sondern die Eltern“, erläutert Dr. Martina van den Hövel, bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion. Der Streik habe den Eltern große Anstrengungen abverlangt.



„Wir prüfen die Rückzahlung deshalb im Sinne der Eltern.“ Die Grünen unterstützen die Forderung der pädagogischen Fachkräfte danach, dass ihre verantwortungsvolle Arbeit entsprechend bezahlt wird. „Denn nur gut ausgebildete Fachkräfte können eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für unsere Kinder garantieren“, betont van den Hövel.

Rechtssichere Lösung

Auch wenn – je nach Betreuungsangebot – nur zwischen 10 und 30 Prozent

der Kita-Kosten durch die erhobenen Gebühren gedeckt seien und die Gebührenordnung der Stadt keine Rückzahlung vorsehe, sollten alle Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden, wie eine Kostenerstattung aussehen könnte.

Da Kassel unter dem Schutzschirm steht und eine Rückzahlung freiwilliger Leistungen vom Regierungspräsidium genehmigt werden muss, soll der Magistrat entsprechende Verhandlungen führen.



Baudenkmal mit Zukunft

Bebauungsplan für Renthof

Im ältesten Baudenkmal Kassels tut sich was: Der Renthof kann zum Gastronomiebetrieb umgebaut werden. Dem entsprechenden Bebauungsplan der Stadt Kassel stimmten die Stadtverordneten zu. Uwe Kleinkauf (Well Group) und der Gastronom Rainer Holzauer (Grischäfer) wollen den historischen Gebäudekomplex am Steinweg bis Mitte 2016 in ein Hotel und Restaurant umwandeln.

Eine wesentliche Bedingung an die Eigentümer ist, dass sie den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes garantieren. Der Renthof ist ein ehemaliges Karmeliterkloster aus dem 13. Jahrhundert. Der viergeschossige Gebäudekomplex schließt direkt an die Brüderkirche an.

Kassel ist Pilotschulträger

Pakt für den Nachmittag startet

Die Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschul Kinder startet im kommenden Schuljahr. Die Stadtverordneten stimmten der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Kassel und dem Land Hessen über ganztägige Angebote im Pakt für den Nachmittag zu. Es ist der größte Ausbau des Ganztags Schulprogramms, den es in Hessen je gab. Die vertragliche Vereinbarung soll dazu beitragen, das staatliche Schulsystem und die Schul- und Jugendhilfeträger besser zu verzahnen und die Bildungs- und Betreuungsgarantie an Grundschulstandorten zwischen 7.30 und 17 Uhr umzusetzen.

Familie und Beruf

Kassel ist einer der sechs Pilotschulträger. Kassels grüne Schuldezernentin Anne Janz stand mit ihren Ganztagsangeboten Patin für das grüne Konzept der Bildungs- und Betreuungsgarantie und für den im Koalitionsvertrag verabredeten Pakt für den Nachmittag. Er schafft mehr Zeit

für individuelle Förderung für Kinder und verbessert für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die zweijährige Pilotphase beginnt zum 1. September 2015 und geht zum Schuljahr 2017/18 in den Regelbetrieb über.

13 Kasseler Grundschulen

In Kassel erfüllen 13 Grundschulstandorte die Voraussetzungen und haben sich für eine Teilnahme am Pakt für den Nachmittag ab dem Schuljahr 2015/16 entschieden. Das sind: Schule Brückenhof-Nordshausen, Friedrich-Wöhler-Schule, Schule Schenkelsberg, Grundschule Waldau, Grundschule Bossental, Fridtjof-Nansen-Schule, Losseschule, Schule Am Wall, Ernst-Leinius-Schule, Fasanenhofschule, Hupfeldschule, Schule Königstor und Valentin-Traudt-Schule.

Fördertopf für besondere Projekte

6,1 Millionen Euro für Wilhelmshöher Allee

Die Wilhelmshöher Allee soll schöner werden. 6,1 Millionen Euro Förderung sollen dafür aus dem neuen Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ kommen. Den Weg für einen Förderantrag hat die Stadtverordnetenversammlung nun freigemacht.

225 Krim-Linden

6,8 Millionen Euro sind insgesamt für die Aufwertung der 4,6 Kilometer langen Allee veranschlagt. Der Entwurf sieht vor, dass zwischen Brüder-Grimm-Platz und Schulstraße oberhalb des Bahnhofs Wilhelmshöhe unter anderem eine neue Beleuchtung installiert und 225 Krim-Linden

neugepflanzt werden. Wie der Rathenau-platz (Ecke Königstor) umgestaltet wird, ist noch offen. Eine Bürgerbeteiligung ist vorgesehen. Eine Verlegung der Tramhaltestelle Murhardstraße ist nicht geplant.

Verbindung zum Bergpark

Förderfähig sind im Rahmen dieses Programms ausschließlich städtebauliche Projekte von nationalem Rang, die mit einem UNESCO-Welterbestätte in Beziehung stehen. Die Wilhelmshöher Allee erfüllt als Verbindung zwischen Bergpark und Innenstadt dieses Kriterium.



© Stadt Kassel

Neue Heimat für documenta-Archiv

Sammlung wird Teil der documenta-GmbH

Das documenta-Archiv geht zum 1. Januar 2016 von der Stadt Kassel in die documenta-GmbH über. Dafür haben die Stadtverordneten nun die Weichen gestellt. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Kassel und dem Land Hessen sieht vor, dass die Partner ab diesem Zeitpunkt jährlich jeweils 500.000 Euro zur Verfügung stellen.

Im documenta-Archiv werden alle Materialien aufbewahrt, die im Zusammenhang mit der documenta stehen. Zur weltberühmten Kunstschau gehört es, alle Arbeiten rund um die 100 Tage und die wissenschaftliche Aufarbeitung der künstlerischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen zu dokumentieren.

„Wirkungsvoller positionieren“

Die Grünen erwarten, dass sich durch die Übernahme in die documenta-GmbH nicht nur die personelle und finanzielle Ausstattung verbessert, sondern sich auch der Aufgabenkatalog erweitert. „Das Archiv soll sich über seine bisherigen Verpflichtungen hinaus als documenta-Institut in der öffentlichen Wahrnehmung wirkungsvoller positionieren und sich zu einer Lehr- und Forschungsstätte entwickeln“, fordert Helga Weber, kulturpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion.

Grünes Licht für Satzungsänderung

Umbau der Königsstraße läuft planmäßig weiter

Die Stadtverordneten haben einer Änderung der Straßenbeitragssatzung zugestimmt. Damit wird im Zuge der Modernisierung der Königsstraße die Fußgängerzonen-Beitragssatzung aufgehoben. Sie stammt aus dem Jahr 1980 und war ausschließlich für den Umbau von Straßen zu einer Fußgängerzone gedacht. Die Straßenbeitragssatzung gilt nun auch für die Fußgängerzone. Sie legt fest, wie Anlieger finanziell an einem Bauvorhaben zu beteiligen sind. Durch die Änderung erfolgt auch eine Gleichbehandlung der Anwohner*innen wie etwa der Goethestraße und der Friedrich-Ebert-Straße. Der Baubeginn verzögert sich nicht.



Modellfoto © Stadt Kassel

Gestaltung noch offen

Bei den bisherigen Planungen zur Umgestaltung gab es bereits eine breite Bürgerbeteiligung. Ideen und Vorschläge sind umfassend in die Entwürfe eingeflossen. Und nach wie vor besteht noch Gestaltungsspielraum für Interessierte. Denn die endgültigen Umbaupläne stehen noch nicht fest. Die Leuchten hängen derzeit zur Probe, und das Pflaster wird zur Ansicht noch ausgestellt. Fertig ist der erste Bauabschnitt in der Unteren Königsstraße 2017. Die Obere Königsstraße wird 2018 und 2019 umgebaut.



Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
Tel: 0561 787 1294
info@gruene-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de